

Ministerpräsidentin Anke Rehlinger war Hauptgast beim AK-Zukunftsforum. Carina Webel (links), Abteilungsleiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik bei der AK, moderierte die Veranstaltung.



„Wir müssen uns was trauen, uns vertrauen und uns was zutrauen“

AK-ZUKUNFTSFORUM Ministerpräsidentin Anke Rehlinger zur Transformation

Wie steht es um die saarländische Wirtschaft? Wie kann der Strukturwandel sozial gerecht gestaltet werden? Kann Klimaschutz zum Standortvorteil werden? Wie bekommen wir mehr junge Menschen in Jobs? Beim AK-Zukunftsforum in der Saarbrücker Congresshalle diskutierte Ministerpräsidentin Anke Rehlinger mit AK-Fachreferenten und externen Experten über drängende gesellschaftliche und politische Fragen.

Von Alexander Stallmann

Geht es um die saarländische Wirtschaft, gibt es derzeit selten gute Nachrichten. Das wurde in einem Impulsvortrag von AK-Referent Jonas Boos beim Zukunftsforum der Arbeitskammer in der Saarbrücker Congresshalle abermals deutlich. Wichtige Unternehmen bauen Arbeitsplätze ab, die Transformation bleibt eine politische Mammutaufgabe. „Man kann sagen, es herrscht seit 20 Jahren Stagnation“, brachte es Jonas Boos auf den Punkt. Wie die Transformation erfolgreich und dabei sozial gerecht bewältigt werden kann, war die zentrale Frage, die Ministerpräsidentin Anke Rehlinger beim AK-Zukunftsforum mit Fachreferenten der Arbeitskammer und externen Experten diskutierte. In einem Punkt waren sich dabei alle einig:

Es braucht eine aktive Rolle eines starken Staates.

Bereits in seiner eröffnenden Rede erklärte der AK-Vorstandsvorsitzende, Jörg Caspar: „Der Staat muss seiner gestaltenden Verantwortung gerecht werden.“ Die Ministerpräsidentin nahm das auf und bekräftigte: „Wir nehmen die Herausforderung an. Wir wollen so viele Arbeitsplätze erhalten wie möglich. An anderer Stelle sollen neue entstehen“. Man müsse sich um den Klimaschutz und die Arbeitsplätze gleichermaßen bemühen. Dabei könne

Klimaschutz als Standortvorteil

der Klimaschutz aber auch ein Standortvorteil sein. „Am Ende entscheiden Windräder, die im Saarland stehen, darüber, ob ein Unternehmen in Saarlouis bleiben kann“, sagte Rehlinger. Es sei allerdings auch klar, dass der Strukturwandel nicht in drei oder vier Jahren vorbei ist. Zudem seien die Möglichkeiten der Politik vor Ort in manchen Punkten auch begrenzt. Etwa wenn es um die für die Industrieunternehmen elementar wichtigen Energiepreise geht. Dabei, so Rehlinger, bedürfe es dringend einer europäisch abgestimmten Politik. Gegen Ende der Veranstaltung brachte die Ministerpräsidentin es auf die griffige Formel: „Wir müs-

sen uns was trauen, uns vertrauen und uns etwas zutrauen. Dann kann die Transformation gelingen.“

Doch nicht nur die Industrie befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Die ökologische Wende, unter anderem im Verkehr und bei der Gebäudesanierung, betrifft nahezu alle Menschen im Saarland unmittelbar in ihrem alltäglichen Leben. Ob es da nicht sinnvoll sei, das Thema Nachhaltigkeit zur Chefsache zu machen und eine zentrale Anlaufstelle in Form einer Landes-klimaschutz- und Energieagentur zu schaffen, fragte Christian Ott, Leiter des Referats Umwelt- und Verkehrspolitik bei der Arbeitskammer. Schließlich müsse der Klimaschutz sozial gerecht sein und von allen mitgetragen werden. Ein einfacher Zugang zu bestehenden Angeboten und Beratungen sei daher essenziell. „Ich denke nicht, dass wir unbedingt neue Anlaufstellen schaffen müssen. Man zieht ja sonst irgendwo Kompetenz ab“, entgegnete Anke Rehlinger, ergänzte aber auch selbstkritisch, dass man die Wege zu bestehenden Angeboten, etwa auf den Webseiten der Landesregierung, möglicherweise deutlicher machen müsse. Der Öffentliche Personennahverkehr im Saarland sei unterdessen besser als er war und vor allem besser als sein Ruf. „Die Abos im

Saarland haben sich verdoppelt. Das ist für dieses Land keine Kleinigkeit", sagte Rehlinger.

Dass es auch bei der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik einen starken, handlungsfähigen Staat braucht, erläuterte Rehlinger mit einem Satz der ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: „Niemand darf durchs Netz fallen“. In der Diskussion mit Anne Fennel, Geschäftsführerin der Diakonie Saar, und Dagmar Ertl, AK-Referentin für Arbeitsmarkt und Armutspolitik, ging es unter anderem darum, wie junge Menschen möglichst gut den Weg ins Arbeitsleben finden. Rehlinger erklärte: „Die Jugendberufsagenturen, die es im Saarland gibt, sind im Grunde die praktische Umsetzung dieses Satzes von Hannelore Kraft.“ Habe ein junger Mensch nach Ende der Schulpflicht noch keinen direkten Anschluss gefunden, dann kümmere sich die Jugendberufsagentur um ihn.

Christian Umlauf, Bezirksgeschäftsführer von ver.di, brachte das Thema Bürokratieabbau in die Diskussion ein. Er sagte: „Wenn ich keinen handlungsfähigen Staat mehr habe, können Unternehmen machen, was sie wollen.“ In der öffentlichen Debatte gehe es immer wieder darum, im öffentlichen Dienst Gelder einzusparen. Es gebe hier allerdings derzeit etwa 500 offene Stellen im öffentlichen Dienst. Da frage man sich, wo genau da gespart werden soll. Rehlinger erklärte dazu: „Bürokratieabbau ist kein Sozialabbau.“ Man wolle aber tief in das Thema einschneiden und sich unter anderem anschauen, was beim Vergaberecht, beim Hochbau und beim Tiefbau hinsichtlich Bürokratieabbau getan werden kann.

Dass die Transformation nur unter Beteiligung der Menschen im Saarland gestemmt werden kann – auch darüber waren sich alle einig. Und die Saarländer glauben, dass es zu schaffen ist. Eine groß angelegte Befragung zur Transformation in der saarländischen Bevölkerung habe ergeben: „Die Hoffnung, dass es für uns gut ausgeht, ist im Saarland größer als in anderen Strukturwandelregionen“, so die Ministerpräsidentin.

„Wir wollen so viele Arbeitsplätze erhalten wie möglich. An anderer Stelle sollen neue entstehen.“

Anke Rehlinger
Ministerpräsidentin
des Saarlandes



Der Staat muss seiner gestaltenden Verantwortung gerecht werden.

Jörg Caspar
Vorstandsvorsitzender der
Arbeitskammer des Saarlandes



Wenn ich keinen handlungsfähigen Staat mehr habe, können Unternehmen machen, was sie wollen.

Christian Umlauf
Bezirksgeschäftsführer des
ver.di-Bezirks Region Saar Trier



Ursprünglich im Großen Saal der AK geplant, musste die Veranstaltung wegen der hohen Anmeldezahlen in die Congresshalle verlegt werden.



Anne Fennel (links), Geschäftsführerin der Diakonie Saar, und AK-Referentin Dagmar Ertl diskutierten mit Anke Rehlinger über Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.



Der Vorstandsvorsitzende der Arbeitskammer, Jörg Caspar, eröffnete mit seiner Rede das AK-Zukunftsforum.



Jonas Boos (links), Referent für Konjunktur- und Strukturpolitik bei der AK, und Salvatore Vicari, z. Bevollmächtigter der IG Metall Homburg-Saarpfalz.



Christian Ott (links), Leiter des Referats Umwelt- und Verkehrspolitik bei der Arbeitskammer, und Christian Umlauf, Bezirksgeschäftsführer von ver.di.